



Pressemitteilung

Gemeinwohrendite statt Kapitalrendite - braucht Bremen ein neues wohnungspolitisches Leitbild?

Dienstag, d. 2. April um 18:00 Uhr

Wohnungspolitische Gesprächsrunde mit Björn Tschöpe (SPD), Robert Bücking
(Grüne), Silke Neumeyer(CDU) und Claudia Bernhard (Die Linke)
Veranstalter: StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG

Ort: Hulsberg Crowd, Gebäude 44/46 auf dem Klinikum Bremen-Mitte-Gelände in 28205 Bremen,
Eingang durch das Tor im Drahtzaun „Am Schwarzen Meer“ zwischen Pathologie und Eislabor

Die Frage „Wem gehört die Stadt“ stellt sich heute mit besonderer Dringlichkeit. Der überhitzte Immobilien- und Wohnungsmarkt, der immense Anstieg der Grundstückspreise, die hohe Armutsquote in Bremen, die Verknappung von geförderten Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraums für Gering- und Normalverdiener verstärkt die Spaltung der Stadt und führt zur sozialen Entmischung in den Wohnquartieren. „Vielen Menschen wird wieder bewusst, dass Wohnraum keine beliebige Ware ist. Wohnen ist ein Grundrecht und gehört zur Daseinsvorsorge“, so Margot Müller von der StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG (SGH). Nach Artikel 14 der Bremer Landesverfassung hat jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen Anspruch auf eine angemessene Wohnung: „Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern“.

Dieser Aufgabe sind nach Ansicht der SGH die politisch Verantwortlichen in Bremen in den letzten Jahren immer weniger gerecht geworden. Die Zahl der Sozialwohnungen ist von 78.900 im Jahr 1990 auf jetzt ca. 8.200 dramatisch geschrumpft. Ein großer Teil des kommunalen Wohnungsbestandes wurde privatisiert, öffentlicher Grund und Boden an private Investoren verkauft und dadurch Handlungsspielräume für einen gemeinwohlorientierten Wohnungsbau aus der Hand gegeben. „Wir halten eine völlige Neuausrichtung der Bremer Wohnungspolitik für nötig, das Gemeinwohl muss zukünftig in Bremen eindeutig Vorrang vor Renditeerwartungen privater Bau – und Immobilienunternehmen haben“, so Peter Bargfrede, Vorstand in der SGH.

Von besonderer Dringlichkeit ist für die SGH, dass - angesichts rasant gestiegener Bodenpreise - sozial orientierte Baugemeinschaften und junge Wohnungsgenossenschaften besser gefördert werden müssen und ihnen z. B. Grundstücke im öffentlichen Eigentum zu einem sozialen Bodenpreis unterhalb des Verkehrswerts angeboten werden sollten, da diese keine großen Kapitalrücklagen haben und ohne Preisnachlässe bei der Grundstücksvergabe keinen bezahlbaren/leistbaren Wohnraum realisieren können.

In der wohnungspolitischen Gesprächsrunde soll darüber diskutiert werden, ob Bremen ein neues wohnungspolitisches Leitbild braucht – wie es die Stadtteilgenossenschaft Hulsberg eG fordert – und welche Ziele und welche Maßnahmen die Gesprächsrundenteilnehmer für notwendig erachten.